

## **Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Hauptausschuss	11.01.2016
Ausschuss Soziales und Senioren	14.01.2016

### **Anschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Köln-Mülheim**

#### **Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Partei „Die Linke“ zum Hauptausschuss am 11.01.2016 AN/0008/2016**

Die Verwaltung nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

1. Die Polizei hat zwei Tatverdächtige anscheinend in der Nähe des Anschlagortes festgenommen. Das legt die Vermutung nahe, dass zwischen der Benachrichtigung der Polizei und ihrem Erscheinen am Tatort nur kurze Zeit verstrichen ist. Wie lange war die Zeitspanne und wer hat die Polizei unterrichtet?

Nach Mitteilung der Polizei Köln wurde der Vorfall der Einsatzleitstelle der Polizei um 19:45 Uhr durch den Anruf von Bewohnern des Objektes gemeldet. Als der erste Streifenwagen kurze Zeit später vor Ort eintraf, waren die beiden Tatverdächtigen flüchtig. Durch einen Hinweis aus dem familiären Umfeld der beiden Tatverdächtigen konnten beiden Personen um 20:10 Uhr in einer Wohnung in Tatortnähe festgenommen werden.

2. Waren zum Zeitpunkt des Anschlages Sicherheitskräfte der Adler-Wache oder andere Beauftragte bzw. Angestellte der Stadt oder des Wohnheimträgers anwesend?

Das Wohnheim wird aufgrund der bisherigen Sicherheitseinschätzung für das Objekt außerhalb der Dienstzeiten des städtischen Personals durch Anfahrten des Sicherheitsunternehmens mobil überwacht und begangen, die Bewohner können sich bei Bedarf auch direkt an die Einsatzzentrale des Sicherheitsdienstes wenden, um Unterstützung zu erhalten.

Zum Zeitpunkt des Vorfalls waren keine Sicherheitskräfte vor Ort, sie trafen jedoch nach der Polizei ein, da die Bewohner nach der Polizei auch das Sicherheitsunternehmen unterrichtet hatten.

3. Die als Waffe benutzten Leuchtfackeln („Bengalos“) entwickeln Temperaturen zwischen 1600 bis 2500 Grad Celsius und können sogar unter Wasser weiterbrennen. Wenn eine solche Leuchtfackel durch das kaputte Fenster in das Haus geworfen worden wäre, wäre ein verhee-

render Brand die wahrscheinliche Folge gewesen. Gleichzeitig ist der Besitz dieser Leuchtfackeln in der Fußballfan- und insbesondere der Hooliganszene keine Seltenheit.

Gibt es ein Sicherheitskonzept von Seiten der Stadt oder der Träger, wie mit einem solchen Brand umzugehen ist, und wie wird das Wissen an die Bewohner der Unterkünfte weitergegeben? Gibt es ein funktionierendes Telefon in den Unterkünften und sind die Notrufnummern gut sichtbar angebracht?

Die Bewohner werden sowohl bei Einzug wie auch im Verlauf ihres Aufenthaltes im Wohnheim immer wieder über die richtigen Verhaltensweisen in Notfällen aufgeklärt und informiert. Daher haben sie in dieser Notsituation auch dementsprechend reagiert und zuerst die Polizei angerufen und darüber hinaus den beauftragten Sicherheitsdienst. Die Rufnummern hängen selbstverständlich aus, die Bewohner verfügen alle über Telefone. Zu einem Brand ist es bei dem Vorfall nicht gekommen.

Um, unter anderem, den vorbeugenden Brandschutz sicherzustellen, ist das Objekt durch das Amt für Wohnungswesen personell besetzt. Mit täglicher Präsenz vor Ort betreut eine sozialarbeiterische Fachkraft die Bewohner, die Betriebssicherheit des Objekts wird durch eine Hausmeisterkraft gewährleistet.

Außerhalb der Dienstzeiten (an den Wochenenden und in den Nachtstunden) wird das Objekt vom beauftragten Sicherheitsdienst in Kontrollfahrten angefahren und begangen.

Die gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich des Brandschutzes (Fluchtwege und -beschilderung, Rauchmelder, Feuerlöscher etc.) werden in den zur Unterbringung genutzten Objekten eingehalten. Die Objekte werden zudem von der Fachdienststelle laufend überprüft und regelmäßig von der Feuerwehr begangen.

4. Gibt es inzwischen weitere Erkenntnisse über die Tatverdächtigen, etwa Verbindungen zur rechtsextremen oder zur Hooliganszene?

Aufgrund laufender Ermittlungen wird hierzu von der Polizei keine Aussage getroffen.

5. Welche weiteren Angriffe auf Flüchtlingseinrichtungen hat es in Köln in 2015 gegeben?

Der Verwaltung sind keine weiteren Übergriffe bekannt.